



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES**

1014 WIEN, Postfach 100

Bei Beantwortung bitte angeben

Zahl: 76.030/81-IV/12/93/H

DVR: 0000051

2/SN-350/ME 1 von 4

Wien, am 16. November 1993

Referent: Holubar

Kl.: 2433

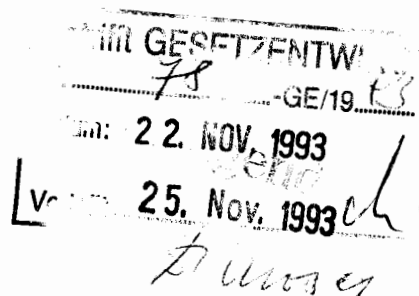
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Vertrags-  
bedienstetengesetz 1948, das Bundes-Personal-  
vertretungsgesetz, das Ausschreibungsgesetz 1989,  
das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpen-  
sionsgesetz, die Bundesforste-Dienstordnung 1986,  
das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984 und das  
land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienst-  
rechtsgesetz 1985 geändert werden  
(EWR-Dienstrechtsanpassungsgesetz)  
Stellungnahme

An das

Präsidium des Nationalrates

Parlament

1017 WIEN



In der Anlage werden zu dem im Betreff bezeichneten Entwurf 25 Ausfertigungen der  
Stellungnahme des Bundesministeriums für Inneres übermittelt.

Beilagen

Für den Bundesminister:

Zaruba

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:





**REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES**

1014 WIEN, Postfach 100

Bei Beantwortung bitte angeben

Zahl: 76.030/81-IV/12/93/H

DVR: 0000051

Wien, am 16. November 1993

Referent: Holubar

Kl.: 2433

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Vertrags-  
bedienstetengesetz 1948, das Bundes-Personal-  
vertretungsgesetz, das Ausschreibungsgesetz 1989,  
das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpen-  
sionsgesetz, die Bundesforste-Dienstordnung 1986,  
das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984 und das  
land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienst-  
rechtsgesetz 1985 geändert werden  
(EWR-Dienstrechtsanpassungsgesetz)  
Stellungnahme

An das

Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2  
1014 WIEN

Zu Zl. 921.372/12-II/A/1/b/93

Das Bundesministerium für Inneres nimmt zu dem im Betreff bezeichneten Entwurf  
Stellung wie folgt:

**Zu Artikel I (Änderung des BDG 1979)**

**Zu § 235a**

Es wird angeregt, in den Entwurf eine (zu § 235a BDG) analoge Regelung für den  
Bereich des Vertragsbedienstetengesetzes zu integrieren. Die Frage der Anerkennung  
ausländischer Universitätsdiplome besitzt nämlich in gleicher Weise auch bei der

- 2 -

Festlegung der Aufnahmeerfordernisse für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppe a wesentliche Relevanz.

### **Zu Art. V (Änderung des Pensionsgesetzes 1965)**

Nach Auffassung des Innenressorts erscheint eine Anpassung des § 53 des Pensionsgesetzes erforderlich.

Die derzeit geltende Rechtslage sieht nur die zwingende Anrechnung der im § 53 Abs. 2 taxativ angeführten Zeiten als Ruhegenußvordienstzeiten vor.

Eine gesetzliche Verpflichtung zur Anrechnung von Zeiten, die im Ausland im öffentlichen oder privaten Dienst oder in der Berufsausbildung zurückgelegt wurden, besteht hingegen nicht.

Derartige Ruhegenußvordienstzeiten **können** derzeit **nur mit Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen angerechnet werden.**

Im Hinblick auf die dem Entwurf zugrundeliegende Intention, das geltende Dienstrecht mit dem EWR-Recht zu harmonisieren erscheint es geboten, die zwingende Anrechnung von Ruhegenußvordienstzeiten, die in einem EWR-Staat erbracht wurden, in den Entwurf einzubeziehen.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Bundesminister:

Zaruba

Für die Stützigkeit  
der Ausfertigung:

